

**LUISE TREMEL, Norbert Elias Center für Transformationsdesign und -
forschung**

Vortrag „Aufhören. Warum, wie, wer und wann am Besten was“

Gehalten am 26. Januar 2017 in Hamburg

Es soll hier und heute um die **ökologische Transformation** gehen. Man könnte schon einen ganzen Tag veranschlagen, nur um sich zu einigen, worin die bestehen soll (damit wäre man sogar schnell). Ich lasse das deshalb offen – mit der Ausnahme, dass diese Transformation immer auch eine soziale sein wird, dass mit jeder technologischen Veränderung immer auch Verhaltensveränderungen einhergehen werden, wir also in jedem Fall von einer **ökosozialen Transformation** sprechen werden. Das, was wir hier vorhaben, soll aber funktionieren, egal, ob eine von Euch „nur“ die flächendeckende Umstellung auf CO₂-neutrale Technologien meint, oder ob jemand anderes an einen Wandel von Wirtschaftsstrukturen und sozialem Miteinander denkt, der über das streng Ökologische weit hinausgeht.

Ich will auch euch überlassen, das „Aufhören“ auszufüllen – ihr sollt selbst entscheiden, **womit aufgehört werden könnte**, sollt selbst beantworten, worauf ihr meine Ideen zum Aufhören übertragen wollt. Damit wir nicht total aneinander vorbeireden, schlage ich aber einen kleinsten gemeinsamen Nenner vor. Das ist der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaftsweise: aus einer Art zu produzieren und zu konsumieren, die mit der Nutzung von fossilen Rohstoffen aufs Engste verknüpft ist und deshalb mit massivem CO₂-Ausstoß einhergeht. Meine Forschung lässt sich aber genauso gut übertragen auf viele andere nicht-zukunftsfähigen Arten, in denen wir Menschen heute auf die Umwelt zugreifen – ob das die Versiegelung von Böden ist oder unsere Form von Fleischkonsum oder Produktionsweisen, die andere Menschen mindestens so sehr belasten wie die Natur. Ihr kommt aus sehr unterschiedlichen Bereichen – ihr wisst selbst am besten, womit in diesen Bereichen aufgehört werden müsste. Und könnte.

Warum also Aufhören – und warum bewerben wir das als neue Strategie für die Transformation?

Dass eine Transformation heute für notwendig gehalten wird – egal, wie wir sie definieren – basiert auf einer Erkenntnis: Unsere Art, mit unserer Umwelt umzugehen – am Anfang nur im Westen, mittlerweile aber global – ist lebensbedrohlich. Das Kürzel CO₂ ist sowas wie die globale Marke dieser Erkenntnis, aber neben dem Klimawandel gibt es viele weitere Bereiche, in denen Grenzen der Tragfähigkeit des Planeten bald erreicht oder schon überschritten sind. Das sich globalisierende System der Ausbeutung aller Ressourcenquellen bei gleichzeitiger Überlastung der Fähigkeit der Natur, Abfallstoffe aufzunehmen, zerstört unsere Lebensgrundlagen. Soweit die Erkenntnis. Deshalb muss sich etwas ändern – wir brauchen eine Transformation.

Die Konsequenz, die aus dieser Erkenntnis gezogen wird – von fast allen, die sich mit der Transformation beschäftigen – ist nun erstaunlich. Nämlich sind die Veränderungsvorschläge, die in Wissenschaft und Politik präsentiert werden und auch in der erfindenden Zivilgesellschaft, zum allergrößten Teil **Innovationsvorschläge**. Weil das, was wir haben, destruktiv ist, entwickeln oder fördern wir **neue** Technologien, etwa zur Energieproduktion oder um uns fortzubewegen, wir erproben **neue** Praktiken wie das Sharing oder Nahrungsproduktion in Städten. In all diesen Ansätzen schwingt als Annahme mit: Wenn wir uns nur dem Neuen widmen, wird das zerstörerische Alte schon verschwinden.

Nun gibt es leider einen Haufen von Anzeichen dafür, dass das nicht stimmt. Und deshalb habe ich meine Doktorarbeit gemacht.

Das wichtigste Indiz dafür, dass Innovation allein unsere ökologischen Probleme nicht lösen wird, sind eigentlich alle Zahlen zur Umweltveränderung, die wir so kennen, am Plakativsten wieder die CO₂-Emissionen. Die gehen schon in Deutschland und Europa seit Jahrzehnten kaum zurück, obwohl hier schon lange Technologien entwickelt werden, die auf Sparsamkeit setzen – und obwohl wir immer mehr von unseren Emissionen in andere Teile der Welt auslagern, mit den Produktionsstätten für unseren Konsum. An den Stellen, wo der CO₂-Ausstoß doch runtergeht [Grafik], sind Wirtschaftskrisen der Grund, nicht Innovation. Noch viel eindeutiger wird das Bild, wenn wir uns globale Emissionen ansehen – auch wenn zum Beispiel in der

Entwicklung von China die innovative Energiegewinnungstechnik der Photovoltaik eine große Rolle spielt. Diese Zahlen sehen so aus, wie sie aussehen, weil ihnen ein System zugrunde liegt, das sich ausweitet, dem seine eigene Ausweitung sogar als Kernziel eingeschrieben ist: nämlich Wachstum. Dieses System des fossilgetriebenen Kapitalismus wächst in den Gesellschaften, die ihn auf die Welt gebracht haben, zwar immer langsamer, global aber rasant – immer mehr Menschen überall übernehmen unser Konsummodell und damit auch unsere Art des Naturverbrauchs. Und in einem System, das in der Ausweitung begriffen ist, braucht man immer mehr von Allem, was zur Verfügung steht; dass manche dieser Sachen oder Verhaltensweisen sauber sind, führt da nicht zwangsläufig zur Reduktion.

Und selbst wenn dieses systemische Wachstum gestoppt werden kann – oder auf wundersame Weise vom Ressourcenverbrauch entkoppelt, wie manche sich ausmalen –, wäre immer noch zu beweisen, ob funktionierende Innovationen wirklich für all die vielen unterschiedlichen Bereiche und Regionen entwickelt werden können, in denen heute zerstörerisch mit Umwelt umgegangen wird – und das in der Zeit, die uns zur Verfügung steht. Oder ob eben doch nur die Sektoren „neu“ gestaltet werden, in denen für Innovatoren der größte Profit liegt oder das größte Prestige oder der größte Lustgewinn, während überall anders das, was wir als Problem eindeutig erkannt haben, bestehen bleibt. Unter anderem, weil sich niemand mit seiner Abschaffung beschäftigt.

Wenn die Transformation gelingen soll, dürfte es also nötig werden, dass wir mit dem Zerstörerischen an sich aufhören – erstmal unabhängig von dem Neuen, das wir dann brauchen werden, und am Besten so global wie möglich.

Wie geht das? Wie funktioniert ein Prozess des gezielten Aufhörens? Was braucht es, damit das klappt, und was entsteht im Verlauf eines solchen Prozesses – welche Schwierigkeiten oder Chancen wirft er für die Gesellschaften auf, die ihn durchlaufen?

Um das zu beantworten, habe ich einen Fall untersucht, bei dem sowas schon mal geklappt hat, also einen Prozess aus der Vergangenheit. Die Abschaffung der Sklaverei

im atlantischen Raum. Nicht alles in diesem Prozess ist auf die ökologische Transformation übertragbar, aber es gibt große Parallelen:

In beiden Fällen geht es um **Ausbeutung** – in dem System, das wir werden abschaffen müssen, um die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und damit der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen wie auch schon heute lebender Menschen; im Fall der Sklaverei um die unmittelbare Ausbeutung von Menschen.

Hier ein kurzer Überblick darüber, wie diese Ausbeutung damals strukturiert war, damit ihr versteht, warum ich glaube, dass das auf unsere heutige Lage übertragbar ist.

Gute 350 Jahre lang war die Sklaverei Grundlage eines multinationalen Wirtschaftssystems. Rund um den Atlantik [Grafik] wurde mit Sklaven und mit Sklavinnen gehandelt und mit den Gütern, die von diesen Sklaven produziert wurden. Das waren die ersten Massenprodukte der Weltgeschichte, auf den ersten Massenmärkten. Der Zucker gilt als das Öl des 18. Jahrhunderts, die Baumwolle dominiert das 19. – beide wurden fast ausschließlich von Sklaven hergestellt. Die Sklaverei war also für sehr viele Menschen an sehr vielen Orten mit Wohlstand verbunden, mit der Ausnahme der Sklaven selbst – ansonsten gibt es in den Gesellschaften, die sich der Sklavenarbeit bedienen, eigentlich niemanden, der nicht in irgendeiner Weise an der Ausbeutung teilnimmt: Sie war die Geschäftsgrundlage für landwirtschaftliche Produktion, Transportunternehmen jeglicher Art, Reedereien, große und kleine Handelsunternehmen, Versicherungswirtschaft, Banken, verarbeitende Industrien aller Couleur. Die Sklaverei hat deshalb in allen diesen Branchen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Das Steueraufkommen hat Staatskassen gefüllt, Privathaushalte kamen über Haussklaven zu Komfort, und die großen Massen der Menschen in diesen Gesellschaften konnten sich Zucker, Baumwollprodukte, Kaffee usw. überhaupt erst dadurch leisten, dass die eigentlichen Kosten dieser Produkte externalisiert wurden – auf Sklaven ausgelagert. Die Sklaverei hat also alle wirtschaftlichen Prozesse dominiert, sie war aber auch in alle sozialen Beziehungen dieser Gesellschaften eingeschrieben, in alle Routinen und alle Infrastrukturen. Über sehr lange Zeit war das unhinterfragt so – normal. Und alles, was ich gerade beschrieben habe, war nicht nur in einer Nation der Fall, sondern in einer

ganzen Reihe von Gesellschaften, die aufs Engste miteinander verflochten waren, vor allem über den gemeinsamen internationalen Markt, aber auch über politische und persönliche Beziehungen. Es war also klar, dass jede Bewegung einer Nation oder einzelner Unternehmer in diesem extrem lukrativen System immer auch Konsequenzen für alle anderen haben würde.

Was die Abschaffung der Sklaverei für den Transfer auf ökologische Fragen aber besonders interessant macht, ist, dass die Sklaven und Sklavinnen **allein** keine Möglichkeit hatten, ihre eigene Ausbeutung gezielt zu beenden. Es gab zwar immer wieder Aufstände von Sklaven, und über Flucht oder Sabotage konnten sie zur Destabilisierung des Systems beitragen, am Effektivsten an den Punkten, wo das System aus anderen Gründen wackelig wurde. Insgesamt aber war die Sklaverei mit einem Ausmaß an Zwang und Gewalt jeder Art verbunden, dass es den Sklavinnen und Sklaven der neuen Welt nicht möglich war, sich selbst – ohne fremde Hilfe – zu befreien. Deshalb mussten Menschen, die keine Leidtragenden der Ausbeutung waren, mit dafür kämpfen, dass die Sklaverei aufhört. **D.h. Menschen lassen hier aus freien Stücken von etwas, aus dem sie bisher Vorteile ziehen, und zwar weil sie jemand anderen schützen oder besserstellen wollen.** Genauso werden Menschen und Gesellschaften, für die es bequem und/oder lukrativ ist, an der Ausbeutung der Natur teilzunehmen, sich dafür entscheiden müssen, diese Privilegien zu beschneiden oder abzugeben. Ohne eine solche freiwillige Selbstdeprivilegierung ist ein guter Ausgang der Transformation kaum zu denken.

Was können wir also aus diesem Prozess des Aufhörens für die ökologische Transformation lernen, und was sollten wir lieber nicht wiederholen? Abstrakter gesagt: **Wie** verläuft ein Prozess des Aufhörens, im Guten wie im Schlechten?

Erstens: **kollektiv.** Aufhören müssen alle. Das unterscheidet die Abschaffung fundamental von der Innovation. Denn wenn der Status quo so problematisch ist, dass er verändert werden muss, dann müssen auch die aufhören, die nicht wollen, und die, die profitieren, und die, die es irgendwie gut fänden, aufzuhören, es aber aus irgendwelchen Gründen nicht machen. So systemisch, wie unsere Ausbeutung ist, ist

es außerdem gar nicht möglich, allein oder in kleineren Gruppen aufzuhören. Selbst, wenn man es schaffen würde, sich individuell aus allen Verstrickungen zu lösen – man bleibt Steuerzahlerin, bewegt sich in öffentlichen Infrastrukturen, ist Teil von privaten Zusammenhängen, in denen man nicht alles bestimmen kann, usw. Das heißt, anders formuliert, dass etwas, was nicht alle wollen und niemand allein tun kann, allgemeingültig gemacht werden muss. Und das bedeutet in einem demokratischen Rechtsstaat, dass es Gesetze braucht, die alle zum Aufhören sowohl verpflichten als auch befähigen – und das heißt, dass es die Politik braucht.

Das zweite „Wie“ ist also: **reguliert**. Aufhören geht nur mit gesetzlicher Regulierung, mit Verboten oder Sanktionen oder politisch zu setzenden Preisen. Innovation kann zur Not auch ohne besonderen politischen Gestaltungsanspruch erfolgreich sein, wenn Wirtschaft und Verbraucher die Innovation wollen. Da braucht es zwar auch Genehmigungen oder neue Regeln, aber das ist punktueller und wird von den Innovateuren getrieben. Bei einer Abschaffung muss gegen die Interessen von etablierten Profiteuren und deren Lobbies eine kollektive Selbstverpflichtung ausgehandelt werden – das geht nur mit explizitem politischem Willen.

Das heißt nicht, dass diejenigen von euch, die keine Politikerinnen sind, jetzt aufhören können, über ökologische Transformation nachzudenken. Oder dass wir alle Politiker werden müssen. Die Politik ist nicht allein relevant. Aber die politische Regulierung ist ein Nadelöhr, durch das jeder Prozess des Aufhörens gefädelt werden muss. Im schlimmsten Fall, nämlich wenn die Politik unwillig oder unfähig ist, stellt das die Frage, wie alle anderen, die eine Transformation wollen, die Regulierung unterstützen oder erzwingen können.

Da Regulierung entscheidend ist, erhält auch die Frage, auf welcher Ebene reguliert wird, eine erhebliche Bedeutung. Also ob das national passiert, in einem supranationalen Zusammenschluss wie der EU, ob ein Bundesland reguliert oder sogar nur eine Kommune, wie wir das in Ökofragen immer wieder sehen. Reguliert wird immer dann, wenn ein Gemeinwesen dazu bereit ist, aus einer Reihe von Gründen: Wirtschaftskraft, kulturelle Tradition, punktuelle Ereignisse, usw. Und dieses Bereit-Sein stellt sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein, ist von Region zu Region unterschiedlich, von Gemeinwesen zu Gemeinwesen, auch je nach Bereich, der gerade

reguliert wird. Das dritte „Wie“ des Aufhörens ist also **ungleichzeitig**. Diese Ungleichzeitigkeit hat eine ganze Reihe von Auswirkungen auf den Transformationsprozess, hier nur kurz ein paar sehr wichtige: Einerseits gibt es die Auswirkungen, die wir in unserem Prozess jetzt schon denken. Wenn eine Region vorangeht und zeigt, welche Veränderungen möglich sind, dann kann das eine Quelle der Inspiration auch in anderen Regionen sein, also zur Verbreitung des Veränderungsanliegens beitragen. Gleichzeitig bedeutet solches Vorgehen bei einem gemeinsamen Markt aber auch Verlagerung von Marktanteilen, also wirtschaftliche Verluste für die Region, die aussteigt. Im Sklavereifall ist Großbritannien Weltmarktführer im Sklavenhandel und steigt aus diesem Handel dann aus. Das gesamte britische Handelsvolumen wird von anderen Nationen übernommen, über Jahrzehnte ändert sich am internationalen Markt wenig – außer, dass der Vorreiter des Aufhörens nicht mehr an diesem Geschäft teilhat.

Es gibt aber noch einen anderen Effekt der Ungleichzeitigkeit, den wir weniger im Fokus haben: Und zwar, dass diese Ungleichzeitigkeit der Regulierung bedeutet, dass sich Regionen sehr unterschiedlich entwickeln, teilweise über Jahrzehnte. Und das wird zum Problem, wenn diese Regionen ansonsten viel miteinander zu tun haben bzw. gar Teil eines größeren Regulierungszusammenhangs sind (wie einer Nation oder einem Staatenbund wie der EU). Die extrem unterschiedliche Entwicklung innerhalb eines solchen Zusammenhangs führt fast zwangsläufig zu Konflikten – im Sklavenfall geht das in den USA bis zum Bürgerkrieg. Denn für die „Union“ ist dort nicht tragbar, dass sie in einer so zentralen Frage wie der Sklaverei so gespalten ist, in Nord- und Südstaaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, entstanden durch Jahrzehnte der unterschiedlichen Entwicklung bezüglich der Sklaverei. Zu solchen Konflikten, die auch in unserem Fall alles andere als unwahrscheinlich sind, mehr in meiner Doktorarbeit. Heute will ich mich darauf konzentrieren, wie ein solcher Abschaffungsprozess in jeweils einem Regulierungsraum verläuft – also, wenn **ein Gemeinwesen** diesen Prozess durchläuft.

Das bringt uns zum vierten Merkmal eines Prozesses des Aufhörens, nämlich spielt er sich **in klar verteilten Rollen** ab. Das ist der Teil, den ich **WER** nenne, eingeschoben ins **WIE**.

Grob läuft das so: Der Prozess beginnt damit, dass die Ausbeutung infrage gestellt wird und die Unterstützung für eine Veränderung wächst. In der Mitte – im Nadelöhr oder am Dreh- und Angelpunkt Regulierung – wird verboten, beschränkt oder erschwert. Und am Ende geht es darum, neue wirtschaftliche und soziale Formen zu finden und zu etablieren. Die Phasen, die ich gleich ausführlich besprechen werde, sind natürlich stilisiert – sie können sich überlappen, und der Prozess kann in jeder dieser Phasen stagnieren oder in eine frühere Phase zurückfallen. Wir müssen uns außerdem viele solcher Durchläufe vorstellen, die parallel oder zeitversetzt stattfinden, weil eher wahrscheinlich ist, dass nicht alles auf einmal reguliert wird. Also selbst in einem Regulierungsraum einen solchen Zyklus für den Fleischkonsum, einen für Stickstoffeinsatz in der Landwirtschaft, einen für die Kohleindustrie, einen für CO₂ im Verkehr, einen für Chemikalieneinsatz in der globalen Textilproduktion, usw. Das Ganze dann in mehreren Ländern oder mehreren Regulierungsräumen wie der EU, auch wieder zeitversetzt, aber teilweise miteinander verbunden – das wird, auf die Realität übertragen, ziemlich schnell ziemlich anspruchsvoll.

Das Interessante daran ist, dass jede Phase mit ganz bestimmten Akteuren verbunden ist, die jeweils versuchen, die Transformation zu befördern, zu verhindern oder zurückzudrehen.

Die ersten beiden Phasen werden euch bekannt vorkommen, das sind die, die wir schon durchlaufen haben oder in denen wir uns gerade befinden. Und es sind die langwierigsten, vor allem in Nationen oder Regulierungsräumen, die im internationalen Vergleich eher früh handeln, also das Problem und mögliche Antworten darauf erst definieren müssen – im Sklavenfall geht das über Jahrzehnte, immer vor und zurück. [[Zur Grafik: farbig ist befördern, grau ist verhindern oder zurückdrehen]] Geprägt werden diese ersten Phasen von einzelnen Bürgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die Erkenntnisse und Argumente zur Ausbeutung zusammentragen und vor Gerichten die Tragweite der geltenden Regeln herausarbeiten. Das ist die **Problematisierung** – in der **Mobilisierungsphase** kommen alle dazu, die irgendwie agitieren und verbreiten können. Die Teile der Wirtschaft, deren Geschäftsmodell jetzt ernsthaft unter Beschuss gerät, mobilisieren gegen die Veränderung, und in der Politik sind die, die aufhören wollen, noch nicht zahlreich oder mächtig genug. Den Handelnden in diesen Phasen ist eher nicht klar,

dass strikte Regulierung nötig sein wird – der Fokus liegt auch auf freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und kleineren Linderungen des Ausbeutungssystems.

Jetzt folgen die Phasen, die noch vor uns liegen:

Die **Regulierung** kommt, wenn das Aufhören im politischen Apparat mehrheitsfähig ist. Dafür müssen Leute in Parteien, Regierungen und Parlamenten das opportun finden oder davon überzeugt (worden) sein. Neben Druck der politischen Öffentlichkeit – inklusive der Wähler – braucht es dazu vor allem Leute, die in diesem politischen Apparat selbst Einfluss haben und sich dort für die Veränderung einsetzen, auch gegen Widerstände. Die bekannteste solche Figur in meinem Fall ist Abraham Lincoln – einen oder eine Lincoln könnte die Nachhaltigkeitstransformation noch gebrauchen.

Welche Form die Regulierung konkret nimmt, ab wann sie gilt und ob es Kompensationszahlungen gibt, das verhandeln dann die politischen Kräfte, die die Veränderung wollen, mit denen, die Macht haben, aber dagegen sind, unter anderem mit Vertretern oder Verbündeten der etablierten Wirtschaft. Zivilgesellschaft und politische Öffentlichkeit können darauf verhältnismäßig wenig Einfluss nehmen. Hier wechselt also ziemlich plötzlich die Hoheit über den Prozess. Die, die das Ganze in den bisherigen Jahrzehnten als „ihrs“ betrachtet hatten, und zwar zu Recht, werden zu Zuschauern. Gleichzeitig werden ganz andere – **neue** – Akteure dafür maßgeblich, welche Richtung die Transformation ab hier nimmt. Diese Rollenverteilung bleibt auch in den folgenden Phasen erhalten, sie verschärft sich teilweise sogar noch – insbesondere was die plötzliche Irrelevanz der zivilgesellschaftlichen Gruppen betrifft, die wirklich überzeugt waren von der Notwendigkeit des Aufhörens, also der Idealisten.

Jetzt geht es nämlich darum, eine neue Ordnung zu gestalten – und darauf können diejenigen viel mehr Einfluss nehmen, die die Infrastrukturen und Produktionsmittel kontrollieren als diejenigen, deren Stärke in Protest und Bewusstseinsarbeit liegt. Die erste **Phase der Neuordnung** ist chaotisch, auch weil an der neuen Ordnung bisher nur definiert ist, dass auf die gewohnte Art der Ausbeutung verzichtet werden muss:

Die bisher profitierende Wirtschaft verlagert an Standorte, an denen es noch keine Regulierung gibt, ersetzt das, was nicht mehr ausgebeutet werden darf, durch Quellen, bei denen das noch erlaubt ist – im Sklavenfall werden in dieser Phase massiv asiatische Zwangsarbeiter angeworben – oder die Wirtschaft wechselt, wo das geht, das Geschäftsmodell. Alles, womit sie die Gesellschaft bisher versorgt hat, mithilfe der Ausbeutung, ist jetzt schwieriger zu gewährleisten. Deshalb gibt es mindestens Preissteigerungen und Versorgungsengpässe, aber auch Zusammenbrüche ganzer Betriebe. Die Wirtschaft gestaltet hier, wohin umgestellt wird. Und der Staat, der sich gerade erst zur Regulierung durchgerungen hat, gerät schnell unter erheblichen Druck – von der Seite der Wirtschaft auf kooperative Weise, weil der Staat die einzige Instanz ist, die die Probleme abfedern kann, die durch die Regulierung entstanden sind, zB über neue Zölle oder Subventionen. Der Staat gerät aber auch in eine Konfrontation mit der Zivilgesellschaft, die auf einmal nicht mehr als Veränderungsbewegung auftritt, sondern als eine Masse von Besitzstandwahrern. Zu dieser Konfrontation gleich mehr, sie ist die größte Bedrohung für die gesamte Transformation.

In der letzten **Phase** meines stilisierten Abschaffungsprozesses wird das, was ad hoc entwickelt wurde, in neue Routinen oder Infrastrukturen überführt; die neue Ordnung wird **konsolidiert**. Sie ergibt sich aus dem, was in den ersten chaotischen Jahren nach der Regulierung passiert ist: In den meisten Gesellschaften, die aus der Sklaverei aussteigen, geht es hier um Minimierung der Verluste, auf wessen Kosten auch immer. Und um Versöhnung zwischen den gesellschaftlichen Lagern, die sich bis zur Regulierung als Gegner begriffen haben. Maßgebliche Akteure bleiben die Wirtschaft – sowohl im Antreiben als auch im Verhindern von strukturellen Veränderungen –, außerdem Bürger und Konsumentinnen, in neuen Rollen, die ich gleich beleuchte. Politik und wiederum Gerichte finden für das, was sich im Wirtschaftlichen und Sozialen abzeichnet, neue gesetzliche Formen und Rechtsprechung, treiben aber – zumindest in meinem Fall – das, was sie im Moment der Regulierung begonnen hatten, nicht weiter voran. Sie fügen sich ein in eine transformationsmüde Gesellschaft.

Wenn ihr jetzt findet, dass das kein überzeugendes Modell ist für erfolgreiches Aufhören – bin ich vollkommen eurer Meinung.

Man muss deshalb einerseits diskutieren, wann die Transformation als vollständig betrachtet werden kann – im Fall der US-amerikanischen Sklaverei folgt auf diesen einen Veränderungszyklus die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, allerdings erst ein Jahrhundert später. Die muss dann, mittlerweile als Emanzipationsbewegung, wieder problematisieren und mobilisieren, um wieder eine Änderung der Regeln und langfristig einen besseren Zustand zu erreichen.

Für unser Anwendungsinteresse noch wichtiger ist aber zu klären, was hier schief läuft – und dann Rezepte zu entwickeln, damit wir erfolgreicher aufhören können. Beides will ich jetzt machen.

Also: Warum ist in diesem Aufhörensprozess, den ich analysiert habe, die Richtung nicht mehr zu halten, nachdem reguliert worden ist?

Weil Aufhören **mit Verlusten** einhergeht – das ist ein weiteres WIE. Gefährlich für den Transformationsprozess sind dabei aber nicht so sehr die großen, institutionellen Verlierer – also die Teile der Wirtschaft, deren Geschäftsmodell zentral auf der Ausbeutung beruht. Die Plantagenwirtschaft und der Sklavenhandel im historischen Fall, in unseren Abschaffungsprozessen die Energieerzeuger, die produzierende Industrie, bestimmte Landwirtschaftsbetriebe, Handelsunternehmen können zwar entscheidend sein dafür, dass sich die Regulierung immer wieder verzögert. Aber wenn diese Einschränkung ihrer Geschäftsgrundlage irgendwann nicht mehr zu verhindern ist, können diese Großprofiteure das verhältnismäßig gut abpuffern. Sie sind so sichtbar betroffen – und haben dabei politischen Einfluss ebenso wie eine Rechtsgrundlage –, dass sie in aller Regel Kompensationszahlungen oder Fristlösungen oder staatlichen Schutz verhandeln oder einklagen können. Die Großen sind also nicht der primäre Grund, warum ein solcher Prozess entgleisen kann.

Das ist stattdessen eine riesige Gruppe, die bis zu dem Moment, wo sie wichtig wird, viel weniger wichtig scheint, nämlich Menschen wie wir alle. Menschen, die durch die Externalisierung von Kosten an allen möglichen Punkten des täglichen Lebens profitieren, als Konsumentinnen, als Kleinunternehmer, als Nutznießerinnen von

öffentlichen, also steuerfinanzierten Leistungen. Als Arbeitnehmer geraten solche Leute, zusammen mit den Großprofiteuren, möglicherweise noch in den Blick, ansonsten sind die vielen kleinen Verluste in den ersten Phasen eines Abschaffungsprozesses eher nicht im Fokus. Das ist auch deshalb so, weil diese Phasen ja überhaupt nur zum Erfolg führen, wenn dieselben Menschen als Wähler, als Journalisten, als Leserinnen, als Aktivistinnen dafür sind, dass aufgehört wird. Individuell gesehen, aber millionenmal vorkommend haben wir hier eine Art Waage, wo in der einen Schale der Nutzen des Einzelnen liegt, in der anderen die Verbesserung für alle oder für andere – Sklaven, Natur. Und der Aufhörensprozess kommt überhaupt erst dadurch in Bewegung, dass es gelingt, diese Aussicht auf kollektive Besserung als breites Anliegen in der Gesellschaft zu verankern UND gewichtiger zu machen als den individuellen Nutzen. Dafür wird die Veränderung besonders positiv dargestellt oder der Nutzen ausgeblendet und kleingeredet – oder beides. So können Leute, die individuell von der bisherigen Ordnung profitieren, dafür sein, sie zu beenden – aus den unterschiedlichsten Gründen. Und genau das braucht es ja, damit eine Gesellschaft bereit ist, sich zu deprivilegieren: Sie muss mehrheitlich eine Vorstellung von einer anderen, besseren Welt wichtiger finden als die Privilegien.

Diese Gewichte verschieben sich schlagartig in dem Moment, in dem die Regulierung wirksam wird und der Nutzen eingeschränkt wird oder wegfällt: Erst, wenn sich die Abschaffung zu verwirklichen beginnt, wird offenbar, wie groß die Verluste für jede einzelne Person eigentlich sind – und das ist jeweils individuell wahrzunehmen. Je breiter etabliert die Ausbeutung, desto mehr Formen von persönlichem Nutzen fallen hier weg. Anders als für die Großprofiteure gibt es für diese vielen unterschiedlichen Nutznießer auch keine finanzielle Kompensation. Demgegenüber steht, dass sich die versprochene Verbesserung, auf die so lange hingefiebert wurde, nicht spürbar entfaltet, sondern höchstens in Form eines besseren Gewissens – ideell. Zusätzlich entfaltet sich die Verbesserung nicht beim Einzelnen – jedenfalls nicht bei all den vielen Einzelnen, die bisher keine Leidtragenden waren. In der Nachhaltigkeitstransformation sogar nicht mal bei den Leidtragenden – wenn die Natur sich überhaupt erholt, dann erst weit in der Zukunft. In meinem Fall waren bisherige Sklaven an diesem Punkt immerhin frei.

In einem Aufhörensprozess zeigt sich der Moment des Erfolgs also als Moment der persönlichen Schlechterstellung und als Moment der Nichtveränderung bis Enttäuschung – und zwar für alle, die vorher von dem profitiert haben, womit jetzt aufgehört wird, also für alle – eingeschlossen all die, die sich bisher für dieses Aufhören eingesetzt haben.

Im Fall der Sklaverei hat das zur Folge, dass innerhalb von kürzester Zeit, nämlich innerhalb von Monaten bis zwei-drei Jahren, – ein Umschwung stattfindet, von einer gesellschaftlichen Mehrheit für das Aufhören, zu einer Mehrheit von Menschen, die diese Veränderung empörend finden: zu strikt, zu teuer, für einen jetzt als unwürdig erkannten Zweck. Diese Menschen finden das nicht nur, sondern vertreten es auch öffentlich, in Protesten oder sogar gewaltsamen Aktionen. Denn jetzt ist der Staat zuständig, und vom Staat kann verlangt werden, dass er die Deprivilegierung seiner Bürger abwendet oder abmildert. Das verlangen teilweise dieselben Leute, die vorher demonstriert oder unterschrieben haben, damit die Sklaverei verboten wird. Und das passiert umso schneller und gravierender, je höher sich die Kosten der Veränderung in dieser Phase präsentieren.

Diese Entwicklung ist sehr heikel, und leider ergibt sie sich so plausibel aus der Struktur der Ausbeutung, dass sie in jedem Prozess sehr wahrscheinlich ist, in dem mit etwas Vorteilhaftem aufgehört wird. Heikel ist sie besonders in einer Demokratie, weil der Staat als plötzlich wichtigster Akteur die nächsten Schritte, die für eine erfolgreiche Transformation nötig wären, nur noch gegen den Widerstand des Volkes unternehmen kann. Das hält keine demokratische Regierung länger als ein paar Jahre durch.

Genauso schnell wie die allgemeine öffentliche Akzeptanz der Veränderung schwindet ab dem Moment, in dem sich die Verluste realisieren, auch die Solidarität mit dem, was ursprünglich geschützt werden sollte, bei mir die Sklaven, bei uns die Natur – also die, wegen und gegen deren Ausbeutung der Prozess überhaupt begonnen wurde. Auch diese Entsolidarisierung vollzieht sich in atemberaubendem Tempo, bei der

Sklaverei ist es allerhöchstens zehn Jahre nach dem Erfolgsmoment Regulierung mit der Solidarität total vorbei. Schutzprogramme finden jetzt keine politischen Mehrheiten mehr, auch in Ländern, in denen vorher gigantische Bewegungen für ein Gesetz oder Verbot gekämpft hatten. Fatal ist auch, dass die Fürsprache, die hier verloren geht, danach nirgends wieder aufgebaut werden kann. Was geschützt werden sollte, ist jetzt sich selbst überlassen, und das ist für befreite Sklaven ebenso gravierend wie es im ökologischen Fall wäre. Weder die Sklavinnen und Sklaven noch die Natur haben an dieser Stelle des Prozesses gesellschaftliche Ressourcen und damit auch keine eigene politische Stimme – die sie mit dem Wegfall der Fürsprache aber dringend bräuchten, um Schutz zu erlangen.

Die neue Ordnung – die erst dadurch nötig gemacht wurde, dass die Regulierung auf Schutz gezielt hatte – wird dann errichtet und gefestigt ohne Rücksicht darauf oder ohne viel Interesse daran, was für die ursprünglich zu Schützenden sinnvoll oder nötig sein könnte. Es geht nicht mehr um ein Ende der Ausbeutung von Sklaven oder Natur, es geht jetzt um die verlorenen Wohlstandsperspektiven derer, die vorher die Gewinner waren. Der Moment, in dem sich die Verluste materialisieren, ist für mich der kritischste Moment eines Abschaffungsprozesses – in diesem Moment zeigt sich, ob die Transformation ihre Richtung behält oder nicht. Das kann der Moment sein, in dem ein Verbot in Kraft tritt, in dem eine Frist abläuft, in dem Preismechanismen greifen. Hier entscheidet sich, ob die Transformation in Progression oder in Regression mündet – denn ein Abschaffungsprozess ist, wie viele soziale Prozesse, richtungsunsicher. Das ist das letzte WIE.

Ich fasse nochmal zusammen: Wie funktioniert Aufhören? 1. kollektiv, 2. gesetzlich reguliert, 3. ungleichzeitig, 4. in klar verteilten Rollen, 5. mit Verlusten, 6. richtungsunsicher.

Zumindest die letzten Drei sind nicht unbedingt Erfolgsrezepte. Innerhalb meiner Systematik ist also besser gelingendes Aufhören denkbar als beim Ende der Sklaverei. Der letzte Teil meines Vortrags besteht deshalb aus Vorschlägen, was dafür von wem zu tun wäre – und wann jeweils.

Zwei Ideen für die **Mobilisierungsphase** – in der wir in den meisten ökologischen Fragen stehen.

1. könnte der Prozess hier beschleunigt und stabilisiert werden. Dafür muss das **Anliegen des Aufhörens in die Politik getragen werden, und die politischen Kräfte, die dafür sind, müssen gestärkt werden.** Von wem? Von allen, die die Abschaffung wollen, unter Bürgerinnen und Bürgern, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien, Wirtschaft.
2. wäre es sinnvoll, die **beiden richtungsweisenden Phasen der Regulierung und Ad-hoc-Neuordnung vorzubereiten** – eben weil die eher plötzlich anfangen und eher kurz sind. Alles, was in diesen kleinen Zeitfenstern nicht erst entwickelt werden muss, dürfte helfen. Ich stelle mir **ideelle Vorbereitung genauso vor wie materielle:**
 - a. Einerseits heißt das: den gesellschaftlichen **Diskurs früh so gestalten, dass die Verluste später nicht so überraschend kommen.** Also das Gegenteil des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung, in dem niemand auf irgendwas verzichten muss, weil neue Technologien alles möglich machen werden. Stattdessen denke ich an eine sanfte, beharrliche Kommunikation, die deutlich macht, dass individuelle und kollektive Vorteile beschnitten werden müssen, für das Gemeinwohl, auch wenn das unangenehm sein mag. Zusätzlich könnte dafür geworben werden, dass die Verluste gerecht verteilt werden. Eine solche ideelle Vorbereitung könnten leisten: Zivilgesellschaftliche Organisationen, Privatpersonen, die das im Freundes- und Bekanntenkreis vertreten, Politikerinnen und Politiker, natürlich Medien jeglicher Art, dazu auch wieder die Wirtschaft, die konstruktiv kommuniziert, dass die aktuellen Preise nur mit Ausbeutung zu haben sind – eine Art Entselbstverständlichung der Gewinne, sozusagen.
 - b. Andererseits könnte der **Moment der Regulierung so vorbereitet werden, dass die Einschnitte, die am existenziellsten empfunden werden, abgefedert werden können.** Ob man dabei legitim findet, dass jemand anders diese Einschnitte als existenziellen Verlust begreift, ist total unerheblich; allein, dass es passiert, kann die Transformation aus der Bahn werfen. Bei diesem Abfedern geht es mir um **neue Antworten auf gewohnte Bedürfnisse**, nicht auf einen exakten Ersatz für bisherige Praktiken oder Technologien! Zum Beispiel könnte kostenloser Nahverkehr dann

eingeführt werden, wenn Autofahren beschränkt wird; subventionierte Tauschbörsen in jedem Häuserblock können vorbereitet und installiert werden für den Moment, in dem bestimmte Konsumgüter besteuert werden, usw. Wer ist in der Lage, frühzeitig einzuschätzen, was es da jeweils braucht? Designerinnen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Und das dann flächendeckend umzusetzen? Veränderungsbereite Wirtschaft und Politik.

3. Nächste Phase – **Regulierung**. Für alle, die sich bisher maßgeblich für die Transformation eingesetzt haben, vor allem zivilgesellschaftliche Institutionen und veränderungsbereite Wirtschaft, sehe ich in dieser Phase vor allem die Aufgabe, **am Verhandlungstisch zu bleiben oder an diesen Tisch zu kommen** – weil sich hier entscheidet, wie die Regulierung im Detail aussieht und welche Schritte folgen und welche nicht. Als Minimalvariante sollten diese Gruppen in den Verhandlungen politische Vertreter sitzen haben und gleichzeitig öffentlich Druck erzeugen – zusammen mit den Medien. Das Ziel wäre, die Transformation schon hier so zu verankern, dass sie im Folgenden weniger einfach torpediert werden kann. Denn wichtig ist nicht nur, dass, sondern vor allem, wie reguliert wird.
4. **Ad-hoc-Neuordnung** – kurz und chaotisch: Hier müssen alle, die die Veränderung wollen, als Erstes anerkennen, dass die Transformation mit der Regulierung nicht geschafft ist – gern auch vorher, in der gedanklichen Vorbereitung. Die Konsequenz wäre, dass Zivilgesellschaft, Medien und veränderungswillige Wirtschaft sich nicht zurückziehen und den frisch gekürten Verlierern die Deutungshoheit überlassen. Dass sie stattdessen Teil des Prozesses bleiben, vor allem, indem sie die **Fürsprache für das Ausbeutungsobjekt Natur gerade hier nicht beenden, sondern eher noch intensivieren**. Aber auch, indem sie **Fürsprecher für die Politikerinnen und Verwaltungsleute** werden, die die Transformation progressiv zu gestalten versuchen. Nur mit öffentlicher Akzeptanz, nur mit breiter Fürsprache, haben die eine Chance, die Veränderung weiter zu implementieren.
5. Die letzten zwei Ideen betreffen alle Phasen, sind aber für das Gelingen der **Ad-hoc-Neuordnung** am wichtigsten. Erstens sollten alle, die die Veränderung wollen, **ernst nehmen**, dass es an bestimmten Punkten auf sie oder ihre Art von Institution in besonderer Weise ankommt, aus der Struktur des Prozesses heraus. Zum Beispiel könnten sich die transformationswilligen Teile der Wirtschaft – etablierter wie

alternativer Wirtschaft – für die Phasen der Regulierung und Neuordnung explizit als positiv gestaltende Kräfte identifizieren. Diese **Verantwortung als gesellschaftlich relevante Akteure** – auch außerhalb des eigenen Geschäftsmodells oder direkten Interesses – wäre **anzunehmen** und die eigenen und einzigartigen **Gestaltungsspielräume zu nutzen**, gern auch unter Einbeziehung oder stellvertretend für andere Gruppen.

6. Damit das gelingt, aber auch überhaupt, hier mein letzter Vorschlag: Nämlich Räume des Dialogs zu öffnen oder offen zu halten, die auf gemeinschaftliche und zukunftsorientierte Neugestaltung zielen, insb. in der **Ad-hoc-Neuordnungsphase**. Ziel wäre, mit der Neuordnung weder die unter Beschuss stehende Politik allein zu lassen, noch sie Wirtschaftsunternehmen zu überlassen, die ihr angeschlagenes Geschäftsmodell retten wollen. Sondern alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenzuholen und im Gespräch zu lassen. Das könnte auch helfen, die gesellschaftliche Polarisierung abzumildern, die sich aus dem Aufbegehren neuer Verlierer, dem Passivwerden der Aktivistinnen und der panischen Suche nach neuen Lösungen leicht ergeben könnte. In unserem Fall und in unserer Art von Gesellschaft ist niemand frei von Schuld, und die Allerwenigsten sind mit ungetrübter Begeisterung Täter. Vielleicht passt für uns deshalb der Ansatz der in Südafrika nicht wahnsinnig erfolgreichen Wahrheitskommissionen: verschiedene Perspektiven anhören und gelten lassen, um die Vergangenheit befrieden und als Gesellschaft zusammen weitergehen zu können. Und dem, was wir ausgebeutet haben, Schutz zu verschaffen.